

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis nachmittags 2 Uhr.
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf.
Inserate pro Zeile 10 Pf., Einzel 20 Pf.
Expedition: Waldenburg, Kirchgasse 255.

Filialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Kaufmann Max Diebezeit; in Penig bei Herrn Kaufmann Rob. Härtig, Randelgasse; in Rochsburg bei Herrn Buchhalter Fauth; in Lunzenau bei Hr. Buchhldr. E. Dieke; in Weichselburg bei Herrn Schmied Weber; in Lichtenstein b. Hr. Buchh. J. Wehrmann.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Lunzenau, Lichtenstein-Callenberg und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke: Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niedermiera, Obergräfenhain, Obermiera, Oberwinkel, Delsnitz i. G., Reichenbach, Remse, Rochsburg, Rußdorf, Schlagwitz, Schwaben, Steinbach, Weichselburg, Wiederau, Wolfenburg und Ziegelheim.

N^o 74.

Donnerstag, den 31. März

1887.

Witterungsaussichten für den 31. März:

Windrichtung um Nordost. Wechselnde Bewölkung, Niederschläge nicht ausgeschlossen. Temperatur wenig verändert.

Die Abführungs-Renten sind den 31. dieses Monats und die Brandversicherungsbeiträge nach 1 Pfennig pro Einheit den 1. April d. J. zu bezahlen.
Stadtsteuer-Einnahme Waldenburg, den 30. März 1887.

Waldenburg, 30. März 1887.

Der neue Branntweinsteuergesetzentwurf für den Reichstag ist festgestellt worden und liegt bereits dem Fürsten Bismarck zur Kenntniß vor. So wird allgemein versichert; es klingt auch durchaus glaubhaft, denn da sich der Reichstag noch in dieser Session mit der Vorlage beschäftigen soll, ist keine Zeit mehr zu verlieren. Von großem Interesse ist, was zur Vorgeschichte des neuen Entwurfes mitgeteilt wird. Es wird nämlich behauptet, es sei nicht gelungen, eine Einigung zwischen den Nationalliberalen und den beiden konservativen Parteien des Reichstages hinsichtlich des neuen Gesetzentwurfes zu erzielen, Herr Miquel habe vergebens sich bemüht, den Vermittler zu spielen. Darauf habe der Finanzminister von Scholz den Entwurf selbständig ausgearbeitet und dem Reichskanzler zur Kenntnißnahme unterbreitet. Was an diesen Nachrichten wahr ist, wird sich nur zu bald herausstellen. Bekannt ist ja, daß zwischen Deutschkonservativen und Nationalliberalen bereits im vorigen Jahre größere Differenzen über die Branntweinsteuerfrage bestanden.

Die Einführung von Meisterprüfungen im deutschen Reich auf Grund der Anträge Ackermann und Viehl auf dem Reichstage wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ rundweg bekämpft. Das Organ des Reichskanzlers giebt auch ganz deutlich an, daß die Anträge die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht haben. Anders steht es aber mit dem freiconservativen Antrag, welcher die Befähigung bei Eröffnung des Gewerbebetriebes besonders durch Nachweis einer Lehrzeit und einer dreijährigen Gehilfenzeit fordert, für einzelne Gewerbe nur technische Prüfung vorschreibt. Dieser Antrag wird, wie es scheint, im Bundesrath nicht auf Widerspruch stoßen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt darüber: Bekanntlich sind Erhebungen über diese Frage im Zuge, deren Ergebnis abzuwarten sein wird, bevor entschieden werden kann, ob und wie weit im öffentlichen Interesse die Einführung eines solchen Befähigungsnachweises angezeigt erscheint. Die bisher bekannt gewordenen Gutachten dieser Erhebungen unterstützen allerdings den in dem freiconservativen Antrage vertretenen Standpunkt, indem die Mehrheit der beteiligten Privatpersonen und Beamten darin übereinstimmt, daß die Leistungen vieler Bauhandwerker und Unternehmer, namentlich in den kleinen Städten und auf dem platten Lande, durchaus ungenügend und ernste Gefahren für Leben und Sicherheit der Bevölkerung herbeizuführen geeignet sind. Man sucht die Ursache dieser Erscheinung, wenigstens zum Theil, in Aufhebung der obligatorischen Meisterprüfung und verspricht sich Besserung von Wiedereinführung einer Prüfung. Die meisten Gutachten stimmen auch insofern mit den Vorschlägen der freiconservativen Partei überein, als sie die Prüfung nicht als Meisterprüfung im Sinne der Anträge Ackermann-Viehl gestaltet und nicht den Innungen übertragen wissen wollen, sondern daß sie eine rein technische Prüfung vor staatlichen Prüfungsbehörden in Aussicht nehmen.

Unter der Firma „Freier Bund“ hat sich in Rußland eine neue geheime Gesellschaft gebildet mit der Aufgabe, den Despotismus des Czaren zu bekämpfen und Rußland politisch, wirtschaftlich und culturell zu befreien. Das Programm ist ebenso umfangreich wie unklar, erklärt übrigens offene Auflehnung und gewalt-

thätige Angriffe gegen die jetzige Regierung für statthaft. Nach dem Programm kann sowohl der erbliche Kaiser, wie auch ein vom „Freien Bund“ bestimmter Präsident Staatsoberhaupt werden. Letzteres ist verpflichtend, die vom Staatsrath und Bundesrath angenommenen Gesetze zu genehmigen, zu veröffentlichen, und auszuführen. Der Staatsrath wird aus den Kreisversammlungen, der Bundesrath aus den Provinzialversammlungen gewählt. Diese Körperschaften kommen auf Grund eines allgemeinen Wahlrechtes vom 21., beziehungsweise 25. Lebensjahre zu Stande; sie geben die staatliche Gesetzgebung gemeinsam. Dagegen verwalten sich die Gemeinden, Bezirke und Provinzen selbstständig. Insbesondere verlangt der „Freie Bund“ die Gewährung der allgemeinen Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheit, unter andern Glaubens-, Rede-, Preß-, Theater-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Unverletzlichkeit der Person und des Hauses, ferner auf socialpolitischem Gebiete die Versorgung der Kinder, Kranken, Verwundeten und Greise, die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit, die Einführung von Schiedsgerichten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Errichtung von Wohnhäusern für Arbeiter, die Vertheilung von Staatsgütern unter arme Bauern u. Bemerkenswerth erscheinen diese socialpolitischen Forderungen. Es ist nicht zu leugnen, daß infolge der künstlichen Industrierichtung durch übertriebene Schutzzölle und infolge der verminderten Getreideausfuhr die Lage weitester Bevölkerungsschichten in Rußland sich derart verschlechtert hat, daß hierdurch die politische Unzufriedenheit erheblich vermehrt worden ist. Wenn auch Rußland noch nicht vor einer politischen Umwälzung steht, so hat es jedenfalls sociale Unruhen zu befürchten, und so dürfte sich die Aufmerksamkeit der russischen Regierungskreise nothgedrungen mehr und mehr den inneren Angelegenheiten zuwenden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Kaiser Wilhelm nahm am Dienstag wieder die regelmäßigen Vorträge entgegen und arbeitete Mittags mit dem General von Albedyll. Ueber sein Befinden wird folgendes bekannt gegeben: Der Schlaf war in der Nacht zum Dienstag mit Unterbrechungen recht gut. Das Aufstehen am Montag ist dem Monarchen gut bekommen, auch die Krankheitserscheinungen lassen mehr und mehr nach.

Das Rücktrittsgesuch des Staatssekretärs von Hofmann in Straßburg ist vom Kaiser genehmigt worden. Die Leitung der Geschäfte führt bis auf Weiteres der Unterstaatssekretär von Puttkamer.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß die russischen Großfürsten in sehr zufriedener Stimmung von ihrem Berliner Besuch zurückgekehrt sind, wo sie sehr entschieden die Friedensliebe des Czaren betonten. Der „Nat.-Ztg.“ wird bestätigt, daß die Abmachungen von Skierniewice sich jetzt ihrem Ende nähern. Ihre Erneuerung wird davon abhängen, ob über die bulgarische Angelegenheit eine volle Einigung erzielt werden kann.

Unter Vorsitz des Reichskanzlers fand am Dienstag ein Ministerrath statt, der sich auch mit Elsaß-Lothringen beschäftigt haben dürfte.

Die Unfallversicherungscommission des Reichs-

tages hat den § 3 des Gesetzes betr. die Versicherung der Bauarbeiter in folgender Fassung angenommen: „Als Betriebsunternehmer im Sinne dieses Gesetzes gilt: 1) bei Bauarbeiten, welche in einem gewerbmäßigen Baubetriebe ausgeführt werden, der Baugewerbetreibende; 2) im Uebrigen der Bauherr.“

Das genaue Resultat der Reichstagsersatzwahl im 2. oldenburgischen Wahlkreise ist folgendes: Träger (frei.) 7423, von Thünen (natlib.) 7171 Stimmen. Bei der Stichwahl enthalten sich die Socialdemokraten, die es auf 992 Stimmen brachten, der Abstimmung.

Der Zustand der Herzogin von Cumberland hat sich, seitdem sie sich in der Döblinger Irrenanstalt befindet, nicht gebessert, er gilt als hoffnungslos. Sie leidet thatsächlich an Verfolgungswahn und verweigert die Annahme aller Nahrung.

Die conservative Partei des preussischen Abgeordnetenhauses hat beschlossen, einen Antrag auf Reform der directen Steuern in Preußen einzubringen. Die Klassen-, Einkommen- und Gewerbesteuer sollen abgeändert, eine Kapitalrentensteuer neu beantragt werden.

Im preussischen Abgeordnetenhaus standen am Dienstag Wahlprüfungen und Petitionen auf der Tagesordnung. Die Wahl des Abg. Krefeler (cons.) für den Wahlbezirk 11 Kassel wird für gültig erklärt. Die Wahlen der Abgg. Seyffardt-Viegnitz und Goldschmidt (frei.) werden für ungültig erklärt und die gesammten Wahlmännerwahlen der Stadt Viegnitz kassirt. Die Wahlen der Abgg. Meyer zu Selhausen und Stöcker (cons.) für den Wahlbezirk 2 Minden werden für gültig erklärt, die Regierung aber erucht, an geeigneter Stelle darauf hinzuwirken, daß die Vorschriften des Wahlreglements über die Aufstellung und Auslegung der allgemeinen Abtheilungsliste in Zukunft regelmäßiger befolgt werden. Die Wahlen der Abgg. Müntelen und von Kluiten (Centrum) für den Wahlbezirk Koblenz 2 werden für ungültig erklärt. Die Wahlen der Abgg. Seer (natlib.) und von Tiedemana-Rabishin (freicons.) für den Wahlbezirk 3 Bromberg werden für gültig erklärt. Petitionen von Gerichtsschreibern um Gewährung von Entschädigung für Rendanturgeschäfte bei Amtsgerichten mit weniger als drei Richtern werden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Die übrigen Petitionen sind fast durchgängig lokaler Natur. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Volkschulleistungsgesetz, kleine Vorlagen.)

Oesterreich-Ungarn.

Der König und die Königin von Rumänien sind am Dienstag Vormittag in Wien angekommen und nach einem feierlichen Empfang durch Kaiser Franz Joseph in der Hofburg abgestiegen. Später empfangen und machten dieselben Besuche. Am Nachmittag war Galadiner.

Frankreich.

Aus Paris wird von zuverlässiger und ruhiger Seite gemeldet, General Boulanger verliere trotz aller Anstrengungen seiner radikalen Freunde mehr und mehr Boden. Er ist auf dem besten Wege, sich lächerlich zu machen, und das ist das Schlimmste, was einem französischen Minister passieren kann.

Boulanger setzte einen Beamten der Artilleriedirection ab, weil er ihm als Spion verdächtig schien. Die Möglichkeit einer Ministerkrisis ist schon